

Anlage 10 zur Beschlussvorlage Nr.: 3493/2008

**Soziale Stadt NRW – Mülheim Programm
Integriertes Handlungskonzept MÜLHEIM 2020 für das Programmgebiet „Soziale Stadt“ Köln-Mülheim**

hier: Auszug aus der Niederschrift der 2. Sondersitzung der Bezirksvertretung Mülheim vom 26.02.2009 und die Stellungnahme der Verwaltung

Auszug

aus der Niederschrift der 2. Sondersitzung der Bezirksvertretung Mülheim vom 26.02.2009

öffentlich

1.1.1 Soziale Stadt NRW - Mülheim-Programm hier: Integriertes Handlungskonzept Mülheim 2020 für das Programm- gebiet "Soziale Stadt" Köln - Mülheim 3493/2008

Herr Bezirksbürgermeister Fuchs erteilt Herrn Stüttem (Amt für Stadtentwicklung und Statistik) das Wort zu ergänzenden Erläuterungen zur Beantwortung der Fragen unter TOP 3.1.3.

Herr Stüttem erklärt die Vorgehensweise hinsichtlich der Beantwortung der gestellten Fragen.

Demnach beinhaltet der 1. Teil die Beantwortung der Fragen der CDU-Fraktion in der Bezirksvertretung Mülheim auf den Seiten 1 – 18, ab Seite 19 wird im 2. Teil Stellung genommen zu den im Sozialausschuss gestellten Fragen entsprechend dem Wunsch der SPD-Fraktion in der Bezirksvertretung Mülheim.

Die Beantwortung erfolgte auf der Basis des derzeit vorliegenden Sachstandes. Alle Fragen sind auch umfangreich recherchiert und mit den jeweiligen Fachdienststellen sowie auch externen Partnern abgestimmt.

Herr Stüttem gibt nochmals zu Bedenken, dass es sich heute um einen Grundsatzbeschluss handelt zu einem Gesamtprogramm, das den Rahmen, insbesondere

den Förderrahmen festlegt und ermöglicht, dass der Rat am 26.03.2009 den Grundsatzbeschluss fasst, so dass alle weiteren Schritte und Prozesse fortgeführt werden können.

Die Einzelmaßnahmen bilden dabei einen strukturellen Wirkungszusammenhang, wie an einzelnen Beispielen dargestellt wird. Generell gilt, dass mit einem Beschluss des Rates nicht über gestalterische Details im Einzelnen beschlossen wird. Jede einzelne Maßnahme wird nach Abschluss der konkreten Planung in die zuständigen Gremien zur Beratung und Beschlussfassung gegeben.

Mit dem Beschluss des Rates wird die Verwaltung in die Lage versetzt, ein klares Signal an die Landesregierung zu geben, dass es politischer Wille ist, dieses Programm umzusetzen.

Wichtig ist weiterhin, dass mit dem Beschluss der Prozess der Qualifizierung der Einzelmaßnahmen durchgeführt werden kann.

Herr BV Dr. Portz dankt für die Beantwortung der umfangreichen Fragenliste der CDU-Fraktion und weist darauf hin, dass die Informationen nun doch eine andere Qualität haben als die bisherigen Informationen, was selbstverständlich auch zu einem besseren Verständnis beigetragen hat. Er gibt weiterhin zur Kenntnis, dass in einigen Punkten unterschiedliche Auffassungen bestehen und entsprechend ein anders lautender Beschlussvorschlag gemacht wird.

Ergänzende Fragen werden von Herrn Stüttem abschließend beantwortet.

Herr BV Lünenbach dankt der Verwaltung ebenfalls für die ausführliche Beantwortung aller Fragen. Es ist nunmehr deutlich geworden, dass es sich hier um ein Rahmenkonzept handelt, und dass hierdurch die Möglichkeit besteht, enorme Mittel für Mülheim zu binden. Weiterhin sei deutlich geworden, dass alle Einzelmaßnahmen den Gremien nochmals vorgelegt werden.

Mit den bereits angekündigten Modifikationen werde auch die SPD-Fraktion der Vorlage zustimmen.

Herr BV Dr. Portz gibt nachfolgend den von der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion gemeinsam formulierten geänderten Beschlussvorschlag zur Kenntnis.

Frau BV Restle erklärt, dass die Fraktion GRÜNE-LINKE die Verwaltung nicht in dem Maße einschränken möchte. Die ihr bisher bekannten Erklärungen zu den Projekten die Verkehrsplanung betreffend seien eigentlich gut, und die Qualität für die Bewohner sollte an 1. Stelle stehen.

Von daher plädiert die Fraktion GRÜNE-LINKE für den ursprünglichen Beschlussvorschlag.

Herr Bezirksbürgermeister Fuchs lässt über den Erweiterungsantrag/geänderten Beschlussvorschlag abstimmen.

Mit den Stimmen der SPD-Fraktion, CDU-Fraktion und der Stimme von Herrn BV Jung, gegen die Stimmen der Fraktion GRÜNE-LINKE und Herrn Haarmann, wird der geänderte Beschlussvorschlag angenommen.

Im Anschluss lässt Herr Bezirksbürgermeister Fuchs über die Gesamtvorlage mit der geänderten Beschlussfassung abstimmen.

Die Vorlage wird einstimmig beschlossen.

Geänderter Beschluss:

- Der Rat beschließt das integrierte Handlungskonzept 2020 als zukünftiges Leitkonzept zur Umsetzung des Bund-Länderprogramms Soziale Stadt. Er beauftragt die Verwaltung, mögliche Projekte des integrierten Handlungskonzepts Mülheim in jedem Einzelfall der Bezirksvertretung Mülheim zur Entscheidung vorzulegen und den zuständigen Ratsausschüssen vorzustellen, und die genehmigten Projekte in ein Gesamtvolumen in Höhe von rund 39,8 Millionen Euro nach gesicherter Finanzierung umzusetzen. Die Entscheidung der Bezirksvertretung bezieht sich dabei sowohl auf die Projektidee, die Auswahl der Projektträger und die Höhe der Gelder, mit denen Projekte unterstützt werden.

Keinesfalls weiter verfolgt werden sollen:

- die in Projekt 1.1 und Projekt 3.2 angestellten Überlegungen zur Verringerung des Fahrbahnquerschnitts des Clevischen Rings, bzw. ein wie auch immer gearteter Rückbau des Clevischen Rings.
- Jegliche Überlegungen zum Rückbau des Fahrbahnquerschnitts der Frankfurter Straße, der die für den fließenden Verkehr zur Verfügung stehenden Fahrbahnfläche reduziert.
Planungen, welche die für den parkenden Verkehr zur Verfügung stehenden Flächen reduzieren, müssen für Ausweichparkmöglichkeiten in unmittelbarer Nähe der Frankfurter Straße zu kostengünstigen Möglichkeiten sorgen.
- Planungen, die auf ein Verschwenken der Frankfurter Straße hinauslaufen
- Planungen, die einen Rückbau der Waldecker Straße in Buchforst auf lediglich zwei Fahrspuren vorsehen
- Planungen, die einen Rückbau der Berliner Straße in einer Form vorsehen, dass der Durchgangsverkehr vom östlich des Clevischen Ring gelegenen Mülheimer Norden nach Alt-Mülheim unterbunden oder massiv behindert wird
- Das Projekt Am Faulbach, sofern die Planungen den von der Bezirksvertretung Mülheim am 02.02.2009 beschlossenen Änderungen des Bebauungsplans zuwider laufen

Deutlich stärker als bisher geplant sollten die Projekte 1.9 (Stadtteil und Programmmarketing) sowie 2.13 (Spo BIG-Vernetzung von Einrichtungen an den Schnittstellen Sport, Bildung, Integration, Gesundheit) gefördert werden.

Neu in das Programm aufgenommen werden sollten folgende

Überlegungen: Schließung der Baulücken am Clevischen Ring zwischen Keupstraße und Buchheimer Straße; Schließung der Baulücke/Minderbebauung an der Keupstrasse-Bergisch Gladbacher Strasse sowie Schließung der städtebaulich unakzeptablen Nachkriegsbaulücken auf der Frankfurter Straße.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Es wird empfohlen, dem Beschlussvorschlag der Bezirksvertretung nicht zu folgen. Die Entscheidungszuständigkeiten des Rates, der Fachausschüsse und der Bezirksvertretungen ergeben sich aus den Vorgaben der Zuständigkeitsordnung der Stadt Köln und der Gemeindeordnung. Danach können unterschiedliche Organe für die Umsetzung des Integrierten Handlungskonzeptes Mülheim zuständig sein. Die Verwaltung wird die Bezirksvertretung Mülheim entsprechend der jeweils anzuwendenden Zuständigkeitsregelung beteiligen. Die Auswahl der Projektträger erfolgt im Rahmen der Ausschreibung der Projekte.